

S.F.d.A.

REVISIONISMUS- KRITIK

AUS PRAKTISCHEN ERFAHRUNGEN
IN BETRIEBS- UND
GEWERKSCHAFTSARBEIT



SCHRIFTENREIHE DER
SOZIALISTISCHEN FRONT DER ARBEITER
HAMBURG 1971 DM 1.00

Sozialistische Front der Arbeiter

Das vorliegende Papier ist die erste Zusammenfassung von Arbeitsergebnissen einer teilweise langjährigen politischen Praxis der S.F.d.A.-Genossen. Die S.F.d.A. ist nach politischen Auseinandersetzungen aus dem SALE-Hamburg hervorgegangen. Es hatte sich deutlich gezeigt, daß eine planvolle und systematische politische Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften erst möglich wurde, nach einer theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit der falschen Politik der Ableger der Studentenbewegung im "Proletariat".

Wir bitten alle Genossen um Kritik an dem vorliegenden Papier, damit die Diskussion in der gesamten BRD vorangetrieben werden kann.

In regelmäßiger Folge ca. alle zwei Monate werden weitere Untersuchungen aus der Praxis der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit unserer Organisation erscheinen.

1. Veränderungen der Arbeitsbedingungen und des Bewußtseins im Angestelltenbereich.
2. Berichte und Analysen aus der Betriebsarbeit.
3. Entwicklung der Klassenkämpfe in ihren Auswirkungen auf die Gewerkschaften.

S.F.d.A.

Kontaktadresse: Ingeborg Brandt
205 Hamburg 80
Fanny-David-Weg 31

Herausgeber: S.F.d.A. Hamburg Eigendruck im Selbstverlag
Alleinvertrieb: POLITLADEN GmbH/Vertrieb
852 Erlangen
Hindenburgstr.17

ZUR ENTWICKLUNG DER KPD/DKP UND DER
STUDENTISCHEN AO

Diese kurze Darstellung geschieht

- a) zur Kritik an der Praxis der DKP
- b) zur Kritik der Tendenzen in verschiedenen Aufbauorganisationen.

Viele AO leben von dem selbsternannten, abstrakten Anspruch, Fortsetzung der KPD zu sein oder sie doch zumindest wieder aufzubauen. Sie versuchen ihren Anspruch dadurch zu rechtfertigen, indem sie das Organisationsmodell der KPD Ende der 20-er Jahre kopieren. Ihre oft phrasenhafte "Revisionismuskritik" zeigt deshalb in der Praxis

- a) keine Alternative zur Praxis der DKP auf und
- b) daß die AO ungeachtet dieser wortreichen "Revisionismuskritik" wesentliche Elemente der KPD-Politik wiederholen, ohne zu sehen, daß diese Praxis zur Niederlage der KPD geführt hat.

Die KPD ist 1933 vom Faschismus nicht nur zerschlagen worden, sondern sie ist g e s c h l a g e n : sie hat versagt. Diese Praxis, die 1933 den Faschismus nicht verhindern konnte, heute schematisch nachzuahmen, ist dumm und gefährlich.

Die Bestimmung der Rolle der revolutionären Partei in den Klassenkämpfen leitet sich ab aus:
der Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen, der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, der Rolle des Staates, dem Begreifen der Dialektik von Reform und Revolution, dem Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiter in Verbindung mit dem Ziel der Vorbereitung der proletarischen Revolution unter diesen Bedingungen. Es geht nicht darum, unabhängig von den tatsächlichen Bewegungen in der Arbeiterklasse die "Revolution zu organisieren". Die Partei der Kommunisten trat immer erst dann als wirkliche Avantgarde auf, wenn sie die Vorstellungen der Massen richtig zusammenfaßte, um konkret die nächsten Schritte anzugeben. Diese Rolle der Partei schloß ein "organisiertes" Nebeneinander von selbsternannter Avantgarde und Massenorganisation aus, das die Partei notwendig zur Sekte verdammt. Die Organisationsform der Partei hängt ab von den Bedingungen ihrer Praxis, der sie entsprechen muß. Die Bedingungen ihrer Praxis umschließen zweierlei: den konkreten Stand des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie einerseits und die revolutionäre Strategie und Taktik andererseits, die die Partei aufgrund einer möglichst allseitigen Analyse zu erstellen sucht. Die Organisationsform der Partei ist kein bloß technisches Anhängsel, sondern Ausdruck ihrer Politik und ihres Einflusses.

Dieses Verhältnis von ORGANISATION und SEKTIERERISCHER POLITIK (d.h. von den tatsächlichen Klassenkämpfen und Massenbewegungen losgelöster Politik) versuchen wir kurz in der Geschichte der KPD in seinen Konsequenzen aufzuzeigen, um es dann durchgehend in der KPD nach 45 bis in die DKP hinein zu verfolgen. Gleichzeitig versuchen wir die unreflektierte Übernahme von Organisationselementen der KPD in den verschiedenen AOs zu zeigen, sowie ihre negativen Auswirkungen auf die Politik dieser Gruppen.

Die sozialdemokratische Organisationsform

Die SPD als Wählermassenpartei ist unter bestimmten historischen Klassenbedingungen entstanden. Wenn in Frankreich und England die Bourgeoisie ihre wirtschaftliche Machtstellung gegen den feudalen Adel und Großgrundbesitz in der bürgerlichen Revolution (1789 und 1688) auch politisch durchgesetzt hatte, war das in Deutschland, besonders in Preußen, noch lange nicht geschehen (die bürgerliche Revolution von 1848 scheiterte). Der Bismarckstaat war gerade Ausdruck dieser widersprüchlichen Einheit von Bourgeoisie und Junkertum (Großgrundbesitz), die, obwohl im Kampf miteinander, eine Front gegen das deutsche Proletariat bildeten.

Die SPD erkennt nicht diese Verschmelzung von Bourgeoisie und Junkertum, die Koalition der Bürgerlichen mit ihren eigentlichen Feinden. Sie bekämpft das junkerlich-militaristische Element im Staatsapparat, ohne zu sehen, daß sie damit eigentlich den Kampf der Bourgeoisie gegen den Adel führt - für die Bourgeoisie. Die SPD bekämpft die Feinde ihrer Feinde. Folgerichtig sieht die SPD im Staat nicht den politischen Klassengegner, sondern versucht ihn zum Mittel ihrer Interessen zu machen. Sie ist fixiert auf den Parlamentarismus, stellt radikaldemokratische Forderungen und übernimmt damit die Rolle, die historisch der Bourgeoisie zukommt: die Rolle der LIBERALEN OPPOSITION ("seiner Majestät allergeheure Opposition"). Die Konsequenzen für die Sozialdemokratie waren in der Theorie der Revisionismus, in der Praxis der Reformismus, der Verzicht auf den notwendigen außerparlamentarischen Kampf und die Konterrevolution; in der Organisation die Wählerpartei nach bürgerlichem Muster, Bürokratie, Hierarchie, die Trennung von Führer und Masse (Funktionäre). Die Parteidemokratie ist formal und ist in Wirklichkeit durch einen bürokratischen Zentralismus ersetzt. Hier entstand genau das Organisationsmuster, was heute unter dem Namen Demokratischer Zentralismus in den kommunistischen Organisationen die alte sozialdemokratische Tradition fortsetzt.

Die Organisation der Sozialdemokratie wird zum objektiven Faktor für das Ausbleiben der Klassenkämpfe, da der Widerspruch zwischen proletarischen Klasseninteressen und bürgerlicher "Realpolitik" in der SPD zu groß wurde. Diesen Verhältnissen entspricht folgerichtig die Organisationsform als "Wahlapparat zu Wahlzwecken". Der Verbürgerlichung der Partei (Eindringen kleinbürgerlicher Karrieristen in den Apparat, dadurch Absicherung des Apparates durch Arrangements mit dem Staat) folgte die Organisierung der Grundeinheiten nach Wahlbedürfnissen. Dem Vorrang der Wahlorganisation als Praxis entsprach die Organisationsform der Einteilung nach Wahlkreisen. Das bedeutete Gleichsetzung politischer Arbeit mit der "Organisierung des Reichstagswahlkampfes". Die Sozialdemokratie war nie mehr als eine "feinlich genau dem bestehenden Rechtszustand angepaßte Organisation", die im Gegensatz zu den Bolschewiki aus der Illegalität keine Lehren zog, sondern im Gegenteil demokratischen Illusionen verfiel.

Die Basisorganisation nach Wahlkreisen und Wohngebieten wird charakteristisch für die sozialdemokratische Organisationsform.

DIE PARTEI WIRD NICHT IN DEN BETRIEBEN FUSS FASSEN, WENN NICHT ZUVOR DIE FABRIK IN DER PARTEI FUSS GEFASST HAT !

KPD 1920 - 33

In der Organisationsdebatte der KPD geht es dann auch wesentlich um die Alternative bzw. um das Nebeneinander von Wohngebietszelle und Betriebszelle. Das wichtigste organisatorische Problem der Partei des Proletariats, die organisatorische Verankerung in den Betrieben, war mit der sozialdemokratischen Organisationstradition nicht zu lösen. Eine der wesentlichen Erfahrungen der von der SPD abgespaltenen Linken während der Kriegszeit (1. Weltkrieg) war gerade die Konsequenz, den Kampf erfolgreich nur auf Betriebsebene führen und organisieren zu können. Diese Erfahrungen gingen in die Organisationsdebatte des Gründungsparteitages (1919) ein; die Unmöglichkeit der alten sozialdemokratischen Organisationsform war allgemein bewußt. Doch war in Erwartung der bevorstehenden Revolution das Organisationsproblem zweitrangig. Die Betriebszelle (künftig abgekürzt: BE) wurde neben die Wohngebietszelle gestellt, nicht aber als Grundorganisation, sondern zur Verbesserung der Aktionsfä-

higkeit in Hinblick auf die erwarteten Endkämpfe der Revolution. Die zentrale Bedeutung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den Betrieben wurde damals noch nicht erkannt.

"Diese Verbindung von Wohnbezirks- und Betriebszellenorganisation hat sich nicht lange gehalten. Man kann nicht eine Partei auf zwei verschiedenen Prinzipien aufbauen; entweder wird die eine oder die andere Art der Organisation absterben. Geblieben ist der KPD nur die Wohnbezirksorganisation."

Die KPD betrieb keine konsequente Politik der Anleitung der Betriebsgruppen, ihren Ausbau und ihre organisatorische Verankerung mit dem Ziel, von dieser Basis aus die Politik zu bestimmen. Von 1920 - 1923 hat das Betriebszellenproblem in der Parteidiskussion praktisch keine Rolle gespielt; die organisatorischen Fragen wurden meist nur als verwaltungstechnische Aufgaben verstanden und behandelt. Erst die Oktoberniederlage von 1923 machte diese Fragen auf einmal überwichtig; umso Überstürzter wurden sie angegangen. Die Partei war wohl imstande mit ihrem Apparat eine Wahlbewegung recht und schlecht durchzuführen (Straßensellen), Aktionen zu leiten oder zu führen aber war sie nicht imstande. Mit den spontanen Kämpfen der Arbeiterklasse auf dem Höhepunkt der Inflation war die KPD kaum verbunden, geschweige denn als Avantgarde. Ulbricht schreibt damals verallgemeinernd: "Besonders krass tritt die Passivität vieler Organisationen in Erscheinung, wenn in irgendeinem Gebiet des Reiches eine Massenbewegung der Arbeiter sich entwickelt. Statt sofort darauf zu reagieren und die Kämpfenden zu unterstützen, verhalten sich die Organisationen (der KPD), als ob sie dies alles nichts angeht." Thälmann schreibt 1925 über den Hamburger Aufstand von 1923:

"Die Hamburger Kämpfer besaßen die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben, hatten aber organisatorisch keine Verbindung zu ihnen. Es zeigt sich die volle Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation. Die Wahlmaschine taugt nichts für Barrikaden! Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen."

Gerade die Arbeiter erkannten die Notwendigkeit der Betriebszellenorganisation als Basis der KPD. Walter Ulbricht war in dieser Frage damals die treibende Kraft. Er wendet sich scharf gegen die Wohngebietsorganisation, für eine Massenbasis in den Betrieben. Konkret geht er gegen die damals aus sozialdemokratischer Tradition weitverbreitete

Praxis vor, die Ortsleitungen in einer allgemeinen Mitgliederversammlung wählen zu lassen, "statt dahin zu wirken, daß die von den Betriebszellen der Großbetriebe vorgeschlagenen Genossen sowie die Ressortleiter die Ortsleitung bilden."

Im Verlaufe der Inflation kamen viele radikalisierte Kleinbürger in die Partei (meist enteignet). Gerade das erforderte eine Konzentration der KPD auf die Industriearbeiterschaft, indem die BE's das Fundament der Partei im weitesten politischen und organisatorischen Sinne bilden, um den Arbeitern den entscheidenden Einfluß in der Partei zu sichern. Doch die Forderungen nach der Betriebszellenorganisation wurden verwässert; die BE's wurden zwar anerkannt, aber die Parteirechte (Entscheidungen) blieben weiterhin bei der Ortsgruppe und bei den Wohnbezirken.

Zur Zeit der Fischer-Maslow-Führung isolierte sich die KPD immer mehr von den Massen. Ihre falsche Analyse der Lage (Stabilisierung des Kapitalismus nach der Inflation, also keine revolutionäre Situation, keine baldige "Machtübernahme", wie die Parteilitung ihre Illusionen verstreute), die relative Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, die Politik der "Revolutionisierung der Gewerkschaften", die "Einheitsfront von unten" usw. schwächten die KPD in einem Maße, daß ihre Existenz gefährdet schien. Sie verlor die Hälfte ihrer Mitglieder:

im Herbst 1923: 294 230 ----- 1924: 128 000.

Sie verlor ein Drittel ihrer Wähler in den Industriebezirken. Praktisch hatte die KPD keine Verbindung mehr mit der Arbeiterklasse. Besaß sie 1923 noch 2700 Fraktionen in den Gewerkschaften, waren es Anfang 1925 nur noch 200; die Gewerkschaftsabteilung der KPD war 1925 fast völlig liquidiert. Während Ruth Fischer über den Kampfeswillen der "einsigen Partei der Arbeiterklasse" Illusionen verbreitete und die KPD noch immer als Avantgarde der Massen bezeichnete, waren in Großbetrieben mit 4000 Arbeitern, wo 200 Kommunisten beschäftigt waren, nur 15 Genossen aktiv in BE's tätig. Dieser Zustand war symptomatisch.

Anstelle dessen posierten die "Linken" von einem "Rettungsprogramm" mit dem Prinzip, die "Revolution organisiert zu entfesseln". Das "Rettungsprogramm", das die linke Führung den Massen "einhämmerte", sah den "baldigen und beschleunigten Ausbau der Betriebsräte (!!) zu Sowjets, zu Organen des Aufstands" vor. Die Massen werden zum Objekt einer Partei, die sich selbst zur "einsigen Arbeiterpartei" ausruft, um die "Revolution zu organisieren". Die Revolution wird

zum Willensakt, der als Appell hinausgerufen wird, während der tatsächliche Zusammenhang der KPD mit der deutschen Arbeiterbewegung immer mehr schwindet. Die revolutionäre Phrase ersetzt die Praxis.

Die Organisationsfrage taucht auch nur als rein technische auf, als Organisiererei. Bei dieser Verachtung der Massen, die sie zum Objekt ihrer Politik macht, muß dann die "Schuld" für ein Fehlschlagen auch bei den "passiven Massen" selber liegen, oder bei einzelnen Personen. Die Frage nach der Untauglichkeit der Politik und der Organisation der Partei, also ihrer wirklichen Verbundenheit mit den Massen, taucht erst gar nicht auf. Dafür Phrasen vom "Sturmreifmachen des Kapitalismus" und "Organisiert den roten Massensturm auf die Betriebe" (1932, wo die Verankerung in den Betrieben ihren kleinsten Stand erreicht hatte und die KPD nur noch eine Arbeitslosenpartei war). Je weniger von realer Analyse der Klassenverhältnisse eine Spur war, um so größer die Propagandaphrasen. Und damit die blinde Hoffnung auf Krise und Revolution. Politik wird so zur moralischen Verdammung des Kapitalismus und zur Selbstermutigung.

(Hier ist es schon sinnvoll darauf hinzuweisen, wie sehr die weitere Portführung dieser Praxis durch die DKP und die AOs heute die gleichen Folgen zeigt: Aufklärungsfimmel - "die Arbeiter müssen über ihre Lage aufgeklärt werden" - "Flugblattschwemme, "Arbeiterzeitungen, in denen das Heil von der Organisation XY versprochen wird. Die Arbeiter werden zu Objekten um revolutionäre Phrasen abkuladen. Anstatt die vorhandenen Kämpfe der Arbeiter konkret anzuleiten und weiterzuführen, werden abstrakte Kampagnen durchgezogen - die Organisation oder Partei tritt wortreich, aber folgelos, auf und wieder ab).

Die Politik der KPD, die Praxis ihrer Grundorganisationen, hatte nichts mehr mit der realen Situation und den Kämpfen der Arbeiterklasse zu tun:

"Selbstkritische Stellungnahme der Siemenszellen" (1932)
-Zitat aus dem PARTEIARBEITER.- "Mit größter Klarheit und Entschlossenheit an neue Aufgaben... Nach Feststellung der Schwächen in den Zellen und Fraktionen der einzelnen Fabriken kommt die Mitgliederversammlung zu folgender konkreter (!) Aufgabenstellung: die Hauptaufgabe der Partei ist in der gegenwärtigen Situation: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse! Kampf gegen Kriegsgefahr, Lohnraub und Notverordnungsdictatur, für den Kampf "Klasse gegen Klasse", für ein freies, sozialistisches Rätedeutschland! Diese Aufgaben verwirklichen, heißt die festgestellten Mängel zu überwinden. Die Generalmitgliederversammlung ge-

lobt, ihre ganze Kraft einzusetzen, um dies zu erreichen..." (Es folgen 29 "gute Vorsätze")...

Die Folge dieser Politik war die Passivität der Mitglieder wie die Passivität der BE's (neben dem ungeheuren Druck der Unternehmensleitungen). Die notwendige Umstellung von der Wohnorganisation auf die BE-Arbeit als Hauptstütze der Partei wurde so wieder hintertrieben. Die KPD geriet in einen Teufelskreis. Der Zusammenhang von sektiererischer Praxis, Angst vor Verlust der (notwendig passiven) Mitglieder, passiver BE's, Unterlassung der Auflösung der Wohngebietsorganisation wurde nicht aufgebrochen und zugunsten der Betriebszellen verändert. Ganz deutlich kommt das in der ungeheuren Fluktuation der Mitglieder zum Ausdruck - eine ständige Begleitung der KPD-Politik. Diese Fluktuationen betragen in einigen Jahren bis zu 100% und mehr (und das nicht nur 1921-24, sondern gerade dem Ende zu).

1930 waren im Januar 133000 Mitglieder in der KPD. Im Laufe des Jahres 1930 kamen 143000 Mitglieder dazu. Gegen Jahresende waren aber nur 176000 Mitglieder in der KPD. Im Laufe des Jahres schieden also wieder 100000 aus.

Die immer weiter um sich greifende Passivität der BE's unter Fischer-Maslow führte zu einem starken Mitglieder-schwund. Im Ruhrgebiet gab es vor der Absetzung von Fischer-Maslow 1925 nur 4 000 Parteimitglieder. Die Gewerkschaftsarbeit erreichte erst 1927 wieder den Stand, den die KPD 1923 hatte. Unterdessen schwätzte der "Bericht der politischen Zentrale" (Fischer-Maslow-Scholem) davon, daß es "der KPD auch in Zeiten der Plaute, der scheinbaren Stabilisierung des Kapitalismus gelungen war, das Vertrauen von Millionen von Arbeitern zu erlangen und zu festigen". Völlig unfähig, die Demoralisierung und Passivität der Mitglieder auf die eigene Politik zurückzuführen, wird der Bankrott auf die SPD und zynisch auf die eigenen Genossen zurückgeführt (den Genossen wird von Ruth Fischer idealistisch eine "Untergangsehnsucht" unterstellt).

Gegen Ende des Bestehens der KPD überwiegen die Straßenzellen absolut; die KPD ist zur Partei der Arbeitslosen geworden, die in Straßenzellen organisiert sind. Von einer Avantgarde des Proletariats, die die Führung in den Arbeiterkämpfen innehat, kann keine Rede sein.

Im Laufe der Entwicklung der KPD läßt sich nachvollziehen, wie gerade die Verankerung in Großbetrieben wie überhaupt die Zahl der Betriebsarbeiter in der KPD immer mehr abnahm.

Prozentsatz der Betriebsarbeiter von der Gesamtmitgliedschaft:

1928: 62,3 % - 1929: 51,6 % - 1930: 32,2 %

1931: 22 %

Diese Tendenz setzte sich bis zur Zerschlagung der KPD fort.

1928 waren davon 39,9 % gelernte Arbeiter (meist Metall und Bau)

28,2 % ungelernete Arbeiter
2,2 % Landarbeiter
9,6 % Handwerker
1,7 % Handelsangestellte

Auf Grund der relativen Stabilisierung des Kapitals nach 1923 (erhöhte Zentralisation und Rationalisierungen gerade in den Großbetrieben) wurden die Kommunisten als erste aus den Großbetrieben gefeuert. Diese Tendenz verstärkte sich gewaltig nach der Weltwirtschaftskrise. Zunehmend flogen Kommunisten aus den Betrieben und wurden arbeitslos. Der zweite Trend war die relativ hohe Anzahl von Kommunisten in Klein- und Mittelbetrieben. Die aus den Großbetrieben verjagten Kommunisten (schwarze Listen, Polizeiterror, Verbot der KPD-Mitgliedschaft, in der Chemie-Branche sogar Verbot des Sympathisierens mit den Kommunisten) gingen als qualifizierte Facharbeiter in kleinere Betriebe, sodaß die KPD von der Gesamtzahl ihrer Betriebsarbeiter zwischen 1925 und 1930 die meisten Mitglieder in Mittelbetrieben hatte. Dies hatte entscheidende Bedeutung für die zunehmende Einflußlosigkeit der Kommunisten in den Arbeitskämpfen und für das Scheitern der Verankerung in den Großbetrieben, den proletarischen Zentren. (Dort waren dafür die Sozialdemokraten gut verankert, die von 1925 an auch BZ's aufbauten).

Je größer die Betriebe waren, um so kleiner die Zahl der dort arbeitenden Kommunisten.

1929 hatte die KPD 1 411 Betriebszellen (bei der Gesamtmenge von 191 211 deutschen Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten). Die KPD hatte also BZ's in lediglich 0,79 % aller deutschen Betriebe.

Davon waren 1 050 BZ's in Klein- und Mittelbetrieben, 361 BZ's waren in Großbetrieben.

Rationalisierung und Automation zwangen viele Kommunisten aus den Betrieben (gerade die besten Kader), was insgesamt um so leichter ging, da die BZ's nicht fest verankert waren. Die typischen Stationen dieser Genossen waren: Großbetrieb - Klein/Mittelbetrieb - Straßenzelle (weil in den kleinen

Betrieben keine Zellen bestanden, oder weil der Genosse schon arbeitslos war).

Im allgemeinen ist festzustellen, daß der Einfluß der KPD in der Schwerindustrie gegenüber der verarbeitenden Industrie viel geringer war. Ihre Verankerung war wiederum größer in den Schrumpfungindustrien und kaum spürbar in den Wachstumsindustrien. Besonders in der chemischen Industrie wurden die Großbetriebe von SPD und reformistischen Gewerkschaften beherrscht.

Die gleiche Situation finden wir heute in Frankreich und Italien (PCF und PCI). Die PCF hat ihre Hauptstützen in Schrumpfungindustrien (Kohle, Eisen, Hafenschlag) und keine Basis in den Wachstumsindustrien (Elektronik, Chemie, usw.). Das zwingt die PCF zu ständigen Abwehrkämpfen; keine neuen Kampf- und Organisationsformen können entwickelt werden. Die PCI hat ihre Basis vor allem in den kleinen Fabriken Mittelitaliens, dem Dienstleistungssektor, den Transportbetrieben - bei einer vergleichsweise Schwäche in den Industriezentren im Norden (Piat, Pirelli).

Der veränderte Charakter des Arbeitsprozesses (Fließbandarbeit, Einführung von Arbeitsbewertungssystemen, dadurch Intensivierung der Arbeit und Dequalifizierung der Arbeitskraft) führt dazu, daß viele Genossen die Großbetriebe meiden und, wenn sie einmal gezwungen sind, dort zu arbeiten, sie so schnell wie möglich wieder verlassen. In der KPD waren relativ viele qualifizierte Arbeiter organisiert. Diese Flucht aus den Großbetrieben bedeutete die Flucht vor der DEKLASSIERUNG im Arbeitsprozeß. Deshalb die Reaktion der Arbeiter, in Mittel- und Kleinbetriebe zu kommen, wo sie in ihrer alten Qualifikation beschäftigt sind, um so der Deklassierung zu entgehen. Welche politischen Folgen diese Tendenz hatte, haben wir dargestellt. Der Einfluß der "einsigen Partei der Arbeiterklasse" auf die Arbeiterklasse nahm in den Großbetrieben rapide ab. (Im Leuna-Werk war 1931 bei 11 000 bis 12 000 Beschäftigten kein einziger Kommunist).

Aus unserer eigenen Praxis heute können wir feststellen: die Vorarbeiter, Einrichter, Reparaturhandwerker usw. haben einen hohen Organisationsgrad und ein durch und durch reformistisches Bewußtsein, was sich aus ihrer gesicherten, privilegierten Stellung leicht erklärt. Aus diesen Schichten rekrutierten sich die KPD-Kader wie heute die SPD-Kader. Genauso verhält es sich bei Facharbeitern, die in der traditionellen Einzelstückfertigung, Akkordarbeit stehen (Maschinenbauer); ihre Arbeit ist

gegenüber Bandarbeit z.B. relativ begünstigt. Auch hier hatte die KPD ihre Stützen. Mit der zunehmenden Automation in den Großbetrieben setzt die Flucht vor der Deklassierung, in die Kleinbetriebe ein.

Die Gegenüberstellung der beiden folgenden Tabellen zeigt deutlich, wie sich das Schwergewicht immer mehr auf die Strassenzellen verlagert bzw. wie sich der Anspruch, die Partei auf BE-Basis zu organisieren, nicht verwirklicht.

1929

Betriebszellen: 1411

Strassenzellen: 2404

<u>Stärke der Zellen</u>	<u>in Betrieben</u>	<u>Stärke der Zellen</u>	<u>Strassenzellen</u>
bis 10 Mitglieder	761	bis 20 Mitglieder	1216
bis 15 "	240	bis 30 "	559
bis 20 "	164	bis 40 "	305
bis 30 "	123	bis 75 "	160
bis 40 "	56	bis 100 "	158
bis 50 "	31	mehr als 100 "	6
mehr als 50 "	36		

Nicht nur nahm die Zahl der Strassenzellen ständig zu, sondern gerade die Zahl der in ihnen organisierten Mitglieder, unter ihnen eine große Zahl von Betriebsarbeitern, so daß die KPD mehrmals gezwungen war, die Strassenzellen zu teilen. Das Resultat der fehlgeschlagenen "Bolschewisierung der KPD" sah dann so aus:

Mitglieder

<u>in Betriebszellen</u>	<u>in Strassenzellen</u>	<u>in Ortsgruppen ohne Zellen</u>
1927 15 %	47 %	31 %
1928 12 %	42 %	43 %
1929 14,7 %	45 %	40,3 %

1933 zog Piatnitzki das Resümee: "Man kann schätzungsweise annehmen, daß bis zum Hitlersturz die Zahl der in den Betrieben, und zwar nicht in den größten Betrieben beschäftigten Kommunisten nicht mehr als 11 % der Gesamtzahl der Parteimitglieder ausmachte... Der Partei ist es bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, sich in den Betrieben Stützpunkte zu verschaffen."

Parallel zum Mißlingen der Verankerung in den Massen und zum Scheitern des Aufbaus der BE-Organisation wuchs die Abhängigkeit der KPD von der Kommunistischen Internationale nach 1925. Die Kommunistische Internationale wurde

immer mehr zum Organ der KPdSU, die die westlichen KP's dazu benutzte, den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion abzusichern. Von der "Bolschewisierung", deren wichtigstes Element gerade die Organisation der Partei nach Betriebszellen war, blieb nur noch der ausgeprägte Zentralismus, der die innerparteiliche Demokratie und das Einfließen der Erfahrungen der Betriebsgrundorganisationen allmählich aufhob. Der innerparteiliche Kampf wurde zur Demütigung. Die Bürokratisierung der Partei schloß immer mehr die unteren Ebenen von der Parteidiskussion und -entscheidung aus. Diese "Bolschewisierung" machte die KPD immer unfähiger zur Analyse der Lage in Deutschland (parallel zum Verlust des Einflusses auf die Massen) und damit immer abhängiger von der Politik der Kommunistischen Internationale.

Die gescheiterte Politik des Aufbaus der Partei auf BE-Basis, die Isolierung, die die Partei unfähig machte, die spontanen Kämpfe anzuleiten, drückte sich genauso in der Gewerkschaftsarbeit aus. Die systematische Arbeit der KPD zu Beginn hatte große Erfolge aufzuweisen. Auf dem ADGB-Kongreß in Leipzig 1922 waren von 692 Delegierten 90 Kommunisten, ungefähr ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder gehörte zur Partei oder stand hinter ihr. 1923 gab es 342 kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre. Dieser Einfluß machte die KPD zwischen 1921 und 1923 führend in einer Reihe gewerkschaftlicher Kämpfe, die teilweise gegen den Willen der Bürokratie ausgetragen wurden. Die Bürokratie reagierte scharf mit Ausschlüssen gerade der führenden Kommunisten in den Gewerkschaften. Viele Gewerkschafter traten mit aus. Die Zahl der Ausgeschlossenen verbände außerhalb der Gewerkschaften unter kommunistischer Führung häufte sich; eine Tendenz, die von der KPD nicht beabsichtigt war. Unter Fischer-Maslow wurde der Aufbau selbständiger Gewerkschaftsverbände der Kommunisten bewußt vorangetrieben. Der antigewerkschaftliche Kurs der Ultralinken setzte sich immer mehr durch; sie konnten die negativen Erfahrungen der Genossen mit den ADGB-Gewerkschaften ausnutzen. 1925 gab es auf dem Breslauer ADGB-Kongreß nur noch zwei kommunistische Delegierte. Die gesamte Arbeit der KPD in den Gewerkschaften wurde durch zwei Jahre "linke" Politik auf den Hund gebracht. Erst 1927 wurde wieder der Einfluß von 1923 erreicht.

Die Gewerkschaftspolitik lief aber nicht Hand in Hand mit dem Aufbau und der Stärkung der BE's. Was vor 1923 noch "Revolutionierung der Gewerkschaften" hieß (mit der Folge, daß der Druck der Bürokratie zunahm), wurde von Fischer-Maslow-Thälmann dann in "Zerschlagung der Gewerkschaften"

umformuliert. Wenn nun diese roten Gewerkschaften die ökonomischen Kämpfe anleiten sollten, brachten sie kaum (mangels Verbindung mit der Masse der Arbeiter, die in den ADGB-Gewerkschaften organisiert waren) die Kämpfe zu einem siegreichen Ende. Das bedeutete dann Rauschmiss oder Aussperrung; die roten Verbände wurden Arbeitslosenvereine und das Vertrauen der Arbeiter in die Kommunisten sank rapide. Der Effekt sind Demoralisierung und Resignation. Die Isolierung von den Massen schritt so schnell voran.

Was 1925 mit Fischer-Maslow aus der Partei verbannt schien (nämlich die ultralinke, massenfeindliche Politik), kam 1928 auf sovietische Anweisung verstärkt als RGO (rote Gewerkschaftsopposition) wieder. Dieser Kurs des Aufbaus roter Gewerkschaftsverbände, einhergehend mit der Theorie, daß die SPD "sozialfaschistisch" sei, war der Beginn des Endes.

1928 wurde nach einer Absprache der KPD-Führung mit der KPdSU die Spaltung der Gewerkschaften per Anordnung herbeigeführt. Praktisch hieß das den Aufbau eigener kommunistischer Gewerkschaftsverbände, die ohne und gegen die reformistischen Gewerkschaften den ökonomischen Kampf der Arbeiter führen sollten. Die Tätigkeit der RGO lief in der Hauptsache auf die Organisierung von Niederlagen hinaus. Anstatt um den Kampf der Mehrheit der Arbeiter in den Gewerkschaften, ging es um die Mehrheit der Plätze in den Betriebsräten. So bekamen die reformistischen Gewerkschaften ohne viel Zutun die oppositionellen Kommunisten aus ihren Verbänden heraus und konnten ihren Einfluß auf die Mehrzahl der organisierten Arbeiter verstärkt geltend machen. Die Betriebsarbeit erlitt dadurch schwere Schäden, da sich der organisatorische Rückhalt immer mehr verringerte. Den roten Verbänden entglitt immer mehr die Führung der ökonomischen Kämpfe. Viele Genossen resignierten. Auf die Kritik der Genossen an der Basis hieß es von der KPD-Führung: "Die Generallinie ist richtig, nur die Durchführung ist falsch!" Hier zeigt sich ein totaler Verlust an materialistischer Analysefähigkeit. Die "schuld" muß herhalten und sie liegt natürlich bei der Basis, die Richtiges nicht richtig durchführt. Aber die starke Fluktuation und die schnelle Verelendung begünstigten solche linkeradikalen Tendenzen.

DER 2. VERSUCH EINER FALSCHEN POLITIK: NEUGRÜNDUNG DER KPD NACH 1945.

Nach 1945 hatte die KPD durch ihren konsequenten Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen und gegen die Demontagen (die die Arbeitsplätze verringerten) einen starken Rückhalt in der Industriearbeiterschaft. Die KPD erhielt noch 1949 bei den Bundestagswahlen 1 360 443 (5,7 %) der Stimmen und damit 15 Abgeordnete im Parlament (1953 - 607 860 Wählerstimmen, also 2,2 %). Die Mitgliederkontrolle für 1949 ergibt folgenden Stand:

Land	Zahl der Betriebsarbeiter	davon in BZ's
NRW -----	52,2 % -----	ca. 20 %
Hamburg -----	53,6 % -----	21,3 %
Rheinland-Pfalz ---	Über 60 % -----	7,2 %
Württemberg -----	56,5 % -----	8,5 %

Der Großteil der Betriebsarbeiter war also in Wohngebietsorganisationen eingegliedert. Die relativ wenigen BZ's arbeiteten zum größten Teil nicht. Bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahl in Duisburg war nur ein Drittel der Betriebsarbeitergenossen beteiligt. Bei einer Gesamtmitgliedszahl von 366 Genossen haben dort 12 BZ's 7 Mitgliederversammlungen mit insgesamt 138 Teilnehmern durchgeführt. Bei einer anderen BZ nahmen vor den Betriebsratswahlen (also bei verstärkter Aktivität) von 95 Mitgliedern nur 22 an einer Versammlung teil. Die Arbeit der kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre war mehr oder minder vereinzelt, ohne Unterstützung durch funktionsfähige BZ's. Die Arbeit in den BZ's war schwächer als in den Wohngebietsorganisationen. Doch wird schon für diese Arbeit für Westdeutschland kritisiert, daß zu den Mitgliederversammlungen dort im Durchschnitt nur 20 - 30 % der Genossen kommen.

Jennes (Sekretär des Parteivorstandes 1949):

- "1. Unsere Politik hinkt hinter der Stimmung der Arbeiterklasse hinterher.
 2. Unsere Organisation nützt günstige Situationen nicht aus, führt darum nicht."
- Und Fritz Sperling (1949 Parteivorstandstagung) - er kritisiert die Parteiarbeit, fordert eine verstärkte Ausrichtung auf die BZ's und sagt: "Ursachen dafür sehe ich in folgendem: das Gesicht unserer Partei ist ungenügend auf Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ausgerichtet. Wir sind

noch viel zu sehr Wahlverein. Die Betriebsgruppen gehen weiter zurück. Bei der Betriebsrätewahl waren wir nicht der organisierende Faktor. Unsere BE's sind mehr oder weniger isolierte Einheiten. Sie bröckeln weiter ab. Unsere Ortsgruppenleitungen (denen die BE's unterstellt sind) sind zu wenig qualifiziert, um den BE's Anleitungen zu geben, denn die Stadtleitung setzt sich zumeist nicht aus Genossen zusammen, die aus den wichtigsten Großbetrieben kommen."

Und als Resümee: "Wir können nicht von einer Verbindung unserer Partei mit den Massen der Arbeiter, den werktätigen Schichten reden. Unsere unteren Einheiten sind in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht operationsfähig." Durch Betriebszeitungen, geschulte Agitation und Verhaltensweise (Eingehen auf die Interessen der Kollegen) konnten sich die KPD-Kader vor allem in den Branchen der Kohle-, Eisen-, Werkzeugmaschinenindustrie und in Teilen der Dienstleistungsbereiche (Hafen, Verkehr) verankern, also in zumeist typischen Schrumpfungindustrien. (wie auch die KPD vor 33). In Hamburg war die KPD im Hafen schon immer traditionell stark. 1954 leitete sie dort noch einen spontanen Streik an. Die Kader wurden regelmäßig auf Parteischulen in der DDR theoretisch und praktisch geschult. Betriebsräte brachten Informationen aus ihren Betrieben in die DDR (1947 im Bergbau 666 kommunistische Betriebsräte von insgesamt 1738; in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie 242 Kommunisten von 864 Belegschaftsvertretern). Mit dem Fallen der KPD-Stimmenanteile bei den Wahlen versandete auch die Betriebsarbeit. Die Nachkriegsperiode war vorüber; mit Hilfe der Marshallplangelder und der Rückeroberung des Weltmarktes durch das westdeutsche Kapital stieg auch der relative Arbeitslohn. Die KPD-Politik aber rief noch 1952 zum Sturz des Adenauerregimes auf. Der Niedergang der KPD war nicht verursacht durch das KPD-Verbot der Adenauerregierung. Das Verbot setzte nur den Schlusspunkt unter eine lange Zeit des Niederganges. Die Zahl der Mitglieder hatte sich bis 1956 auf 78 000 reduziert. Obwohl auf die Illegalität eingestellt, schied nach dem Verbot 90 % der Mitglieder aus der aktiven Arbeit aus, so daß 1968 (und schon lange davor) nur noch ca. 7 500 Mitglieder zum illegalen Apparat gehörten, wovon viele wesentlich Spitzeldienste für die DDR leisteten. Der Kern des Niederganges der KPD ist die nicht aus den Bedingungen und Notwendigkeiten der BRD abgeleitete, von außen aufgesetzte Politik. Die KPD befand sich in praktischer und ideologischer Abhängigkeit zur DDR, was sich in ihrer Praxis als Widerspruch zwischen der Arbeit der Betriebsgruppen und den politischen Anforderungen des Apparates nie-

derschlug.

Auf das Wiedererstarken des Kapitalismus in der BRD und der damit verbundenen relativen Verbesserung des Lebensstandards der westdeutschen Arbeiterklasse konnte die KPD nicht entsprechend diesen Bedingungen in ihrer Politik reagieren. Das "Wirtschaftswunder" war die materielle Basis des Einflusses der Sozialdemokraten auf die Arbeiterklasse. Die Bündnispolitik der KPD geriet unter diesen Bedingungen zu einem Hinterherlaufen hinter den Sozialdemokraten, gerade weil sie unfähig zur Entwicklung einer an den Bedürfnissen der Arbeiterklasse orientierten Politik war.

Während der Illegalität versandete die Betriebsarbeit mehr und mehr und wurde durch die Politik des KPD-Apparates gefährdet. Die einzige reale Basis einer Einheitsfront und einer Bündnispolitik entfiel damit der Maßstab für den Zusammenschluß "aller demokratischen Kräfte" war jetzt nicht mehr der Klassenstandpunkt, sondern nur das Bestreben, eine möglichst große Masse irgendwie mit der Tätigkeit der KPD (und auch der DKP, wie wir sehen werden) in Zusammenhang zu bringen.

Die Neugründung der KPD nach 1945 erfolgte ohne kritische Analyse des Niederganges der Partei 1933 und ihrer Ursachen, die höchstens als einige Fehler im Vorgehen, nicht aber als Versagen und Scheitern der Partei begriffen wurden. Kritisiert wurde im Grunde nur die Sozialfaschismus-theorie, was dann theoretisch die Grundlage für das Zusammengehen der Kommunisten mit den Sozialdemokraten in allen Bündnis- und Volksfrontvarianten war. Eine sentimentale Einstellung zur eignen Geschichte war vorherrschend (Martyrrehaltung, Veteranenfeiern auch noch heute), ohne eine tatsächliche, materialistische Analyse der eignen Geschichte vorzunehmen. Die alten Organisationsformen und Inhalte wurden übernommen, obwohl gerade, wie eben dargestellt, hier nur der organisatorische Ausdruck einer sektiererischen Politik zum Vorschein kommt, die dazu noch immer mehr von den Anweisungen der Kommunistischen Internationalen abhängig war, deren Interesse gegen Ende der 20-er Jahre mehr die Absicherung des Aufbaus der Sowjetunion als die Herausbildung der KPD zu einer tatsächlichen Avantgarde des deutschen Proletariats war. Diese Abhängigkeit der KPD-Politik von den Interessen der KPSU geht als Prinzip in die Neugründung ein. Das geht einher mit der Vernachlässigung der Analyse der Kämpfe in der BRD und damit praktisch mit immer geringerem Einfluß auf die Massenaktivitäten, besonders und gerade in den Betrieben. Die Genossen in den Betrieben bekamen Anweisungen, die die

Agitation auf das Loben der UdSSR und der DDR sowie anderer sozialistischer Länder beschränkte (China, Kuba). An der Sowjetunion z.B. durfte keine Kritik geübt werden, weder nach außen noch nach innen. Man mußte vorbehaltlos sich hinter alle Aktionen der Sowjetunion stellen. In den "Zehn goldenen Regeln für den Parteiarbeiter" (Oktober 1963 im "Freien Volk") steht:
"Mit Entschiedenheit weist jeder Genosse auch alle Angriffe auf die DDR zurück. Sein Verhalten zur DDR ist Maßstab für seine Treue zur Partei."

Diese Politik brachte die Genossen an der Basis in starke Bedrängnis. Z.B. wurde China vor 1960 den Kollegen gegenüber über den Klee gelobt ("über siebenhundert Millionen, die sich zum Sozialismus bekennen"), dann erklärte die KPdSU Mao Tse-Tung zum Verräter, und die Genossen mußten Mao entsprechend verdammen. Die Kollegen im Betrieb reagierten natürlich mit Vogelscheißen. Die Betriebsarbeiter kritisierten diese Politik der Anweisungen, die in der KPD den allgemeinen Charakter der Betriebsarbeit bestimmten. "Die Leute im Betrieb wollen nicht hören, was in Fernost oder sonstwo los ist, sondern was hier los ist" (Zitat).

Für propagandistische Effekte mußten verdeckt arbeitende Betriebsgruppen Solidaritätserklärungen zur DDR, UdSSR usw. abgeben. Danach war für diese Gruppe jede gute Arbeit bei dem verstärkten Polizeiterror unmöglich. Die Parteibürokraten hatten sich nach oben (DDR) angeschmiert, die Basis wurde verheißt. Die Blindheit gegenüber den Notwendigkeiten der Arbeit von Kommunisten in den Betrieben zeigt das Zitat eines DDR-Genossen vor westdeutschen Kommunisten auf einer Parteischulung: "Ihr müßt in euren Betrieben jetzt dies und das propagieren, das müssen die Kollegen dann doch schon einsehen!"

Man braucht also nur die richtige Parole, um die Massen revolutionär zu machen; eine von Erfahrungen ungetriebene Vorstellung, die nicht die Politik von der materiellen Lage der Lohnabhängigen in den Betrieben her bestimmt, sondern sie vielmehr als Bewußtseinsproblem, als Frage der Aufklärung auffaßt. Die Anweisungen der Funktionäre helfen nur noch, die Politik in den Betrieben zu liquidieren. (Gegenüber Kritik von Genossen war die Verleumdung keine Seltenheit; beliebter Vorwurf war z.B. "Stalinist"). Sehr viele Arbeiter resignierten. Die Folge in Hamburg waren z.B. weit verbreitete Saufereien. Wir haben diesen Vorgang der Passivität und seine Bedingungen schon in der KPD vor 1933 skizziert.

Die Organisationsform machte es dem Apparat leicht, die Betriebsarbeit der KPD in Zaum zu halten, also praktisch zu zerschlagen. Sie konnte sich immer wieder mit den zahlenmäßig Überlegeneren Wohngebietsgruppen verbünden, die jeweils die Anforderungen der Betriebsgruppen überstimmten. Dadurch wurde erreicht, daß zahlenmäßig die nicht in den Betrieben arbeitenden Genossen überwogen bzw. den Apparat in der Hand hatten. Es gelang ihnen immer wieder, die aktive Arbeit in den Betrieben zu lähmen und damit letztlich die praktische Arbeit der KPD zu zerschlagen.

Die KPD-Politik nach 45 war einfach die Fortsetzung der alten KPD-Politik mit dem Unterschied, daß die Abhängigkeit von der UdSSR (und DDR) automatisch in die Politik einging. Je weniger Einfluß die KPD auf die deutsche Arbeiterklasse hatte, um so größer wurde diese Bindung. Obwohl in Worten der eigenständige Weg der westdeutschen Kommunisten zugestanden wurde, griff die KPD gerade in Fragen des demokratischen Kampfes und der daran geknüpften Bündnisse auf die Erfahrungen der DDR zurück. Diese Erfahrungen sind das antifaschistische Bündnis, was praktisch hieß: Heranziehen der Bürgerlichen an die Partei (SED) im Schutz der Roten Armee. Die Revolution in der DDR war nicht selbstgemacht. Wenn DDR-Minister Selbmann 1969 westdeutschen Genossen sagte: "Nach dem Krieg hat die Macht auf der Straße gelegen und wir haben sie nur aufheben zu brauchen" (Zitat), dann unterschlägt er die wichtigste Voraussetzung dieses Handgriffs, nämlich die Rote Armee, die allein die Konterrevolution unterdrücken konnte. Das unter diesen Bedingungen entstandene demokratische Bündnis läßt sich eben nicht in die BRD exportieren bzw. hier zur Strategie machen, weil es in der DDR geklappt hat. In der BRD steht die US-Armee, nicht die Rote Armee.

Die Isoliertheit der KPD, gerade in der Illegalität, machte für viele Genossen die DDR zur Mutter aller Dinge. Das, was sie praktisch in der Betriebsarbeit nicht mehr zu leisten imstande waren, erstzte ihnen die Hoffnung auf die Entwicklung des sozialistischen Vaterlandes. Was sie selber nicht leisten konnten, erwarteten sie von der DDR, weshalb auch die Vorstellungen eines Sozialismus in der BRD immer nur identisch sein konnten mit dem DDR-Modell. Die Lage der Partei ließ gar nichts anderes zu als den Gedanken an den Import des DDR-Sozialismus.

Der einseitige Weg, sich von der praktischen und ideologischen Abhängigkeit von der DDR zu lösen, der systematische Aufbau von Betriebsgruppen, um eine eigne, aus der Verbundenheit mit den Kämpfen der westdeutschen Arbeiterklasse entstandene Politik zu entwickeln, unterließ. Er wurde gerade vom Apparat verhindert, denn die vorgeschriebene Aufgabe der

Absicherung des Aufbaus der DDR vetrug sich schlecht mit den Erfordernissen der kommunistischen Arbeit in der BRD (Systeminteresse vor Klasseninteresse --- Politik der "Friedlichen Koexistenz"). Anstelle dessen das Lob der DDR.

DKP: DER DRITTE AUFGUSS EINER FALSCHEN POLITIK.

Nach dem Verbot der KPD in Westdeutschland war die BRD eines der wenigen Länder im imperialistischen Lager, in dem ein KP-Verbot existierte. Das war hinderlich für ein Arrangement der "fortschrittlichen Kräfte" der Bourgeoisie mit der UdSSR über eine Ausdehnung des Osthandels und damit des Eindringens des Kapitals in die sozialistischen Länder. Bei der Neugründung war Gustav Heinemann (SPD; Sohn eines rheinischen Hüttendirektors) als Justizminister eine Schlüsselfigur.

Eine Neugründung war von den alten KPD-Führern (Reimann) noch ein Jahr vorher grundsätzlich abgelehnt worden. Der Kampf wurde immer nur um die Wiedergulassung geführt, d.h. keine Aufgabe der Programmpunkte "Diktatur des Proletariats" und der Organisationsform des Demokratischen Zentralismus. Aber der Druck der UdSSR einerseits und das Interesse der westdeutschen Monpole andererseits ließen als Kompromiß diesen Zwitter DKP entstehen.

Bei Neugründung der DKP konnte nur zum Teil auf die ehemals Aktiven zurückgegriffen werden; der Großteil war zu alt oder resigniert. Über die "Alternative" ADF sollte der DKP die erste Breitenwirkung verschafft werden. Dieses Bündnis von Pfaffen, Humanisten und anderen versprengten Mittelklassefiguren mit der DKP ging genauso wie alle anderen Volksfrontbündnisse bisher zu Ungunsten der Kommunisten aus, weil die Interessen und Ziele der die DKP-Politik tragenden Gruppen hier wieder nicht in Politik umgesetzt wurden; statt dessen sammelte man "Friedensomas" (siehe ADF Hamburg). Mit dem Zusammenbruch der Studentenrebellion durch die Universitätsreform erhielt die DKP ihren ersten großen Mitgliederzuwachs (allerdings erst nach den Septemberstreiks, wonach die DKP den Mythos verbreiten konnte, sie hätte mit ihren Arbeiterkadern den Streik geführt. Zuvor lag den Studenten die Zustimmung der DKP zur CSSR-Intervention noch im Magen). SPD-Weisheit: "eine DKP in der Hand ist besser, als der SDS auf der Straße". (Wegner erhoffte sich von einer neuen kommunistischen Partei eine "Reinigung der SPD" und größere Beweglichkeit gegenüber der DDR.) Die DKP wurde zum Auffangbek-

ken für demoralisierte APO-Revolutionäre. Nach der Auflösung der ADF blieb das Friedenspotential in der DFU, IDE usw., die DKP wurde zu diesem Zeitpunkt wieder auf ihren eisernen Bestand reduziert.

Die DKP ist der dritte Aufguß einer verfehlten kommunistischen Politik. An der Organisationsform hat sich nichts geändert. Der alte Apparat leitet die Politik an; wieder existiert die Trennung von Fußvolk und Funktionären (wovon es in Hamburg 7 bezahlte gibt, insgesamt soll es 100 hauptamtliche Funktionäre in der BRD geben). Das Prinzip der Wohngebietsorganisation ist voll erhalten. Die Wahl der Parteigremien der Ortsgruppe geschieht nach althergebranntem, sozialdemokratischem Muster, was wir durch die ganze KPD/DKP-Geschichte hindurch verfolgen können. Das Wahlergebnis ist oft Zufall (Keiner kennt den Kandidaten richtig, keiner kann seine Qualifikation beurteilen); die Delegierten, die in dieser formal-abstrakten Parteidemokratie einer "nach allen Seiten offenen" DKP gewählt werden, sind nicht notwendig Delegierte von Betriebsgruppen. Der Einfluß der Betriebsarbeiter ist dann Zufall. Alle die Folgen, die wir in der KPD-Geschichte kurz beschrieben haben, treten wieder auf. Die DKP ist nicht aus den bundesdeutschen Klassenkämpfen entstanden, sondern Auftragsarbeit, die, um ihren Anspruch der "einzigen marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei" einzuhalten, jetzt schnell etwas vorzeigen muß.

Von einer Organisierung der DKP hauptsächlich auf BZ-Ebene kann keine Rede sein. Die Arbeit ist in Ortsgruppen ohne Zellen und in größeren Städten in Stadtteilgruppen eingeteilt, denen dann Zellen zugeordnet sind bzw. sind die einzelnen Stadtbezirke für die betreffenden BZ's zuständig. Die BZ's sind Vorseitartikel (240, davon 80 im Ruhrgebiet), die nichts über den wirklichen Einfluß der BZ's auf die Partei und die Kollegen in Betrieb aussagen. Den 240 BZ's der DKP stehen jetzt schon 1 200 andere Parteigruppen (Orts- oder Stadtteilgruppen) gegenüber.

Die ersten Konsequenzen dieser Organisation werden jetzt schon deutlich. Arbeiter werden aus leitenden Stellungen durch kleinbürgerliche Elemente aus der Studentenbewegung verdrängt. Jetzt strömen Scharen von der Perspektivlosigkeit der Studentenrevolte enttäuschte Mitglieder in die Ortsvereine und Stadtbezirke und bringen dort leicht Mehrheiten gegen den alten Apparat zustande. So wird ein Gespensterkampf von alten opportunistischen Apparatschiks gegen tendenziell revisionistische Kleinbürger geführt. Oft setzen alte APO-Führer ihre gewohnte Politik fort

(Sprengen von Wahlveranstaltungen, Teach-ins, Podiumsdiskussionen, Hausbesetzungen, Sesselfraktionen, Schlägereien mit Faschisten, Roter Punkt usw.). Ein DKP-Genosse gesteht zu, daß die meisten Neuzugänge der DKP und besonders der SDAJ aus der "linkeradikalen" Bewegung kommen (hohe Fluktuationen).

Gerade die Kampagnenpolitik soll den Eindruck der allgegenwärtigen DKP verstärken. Bei spektakulären Aktionen karrt die DKP aus ganz Deutschland Genossen zusammen, um den Anschein der Stärke zu erwecken.

Die Agitation und Propaganda trägt den Charakter radikaldemokratischer Aufklärung (Mieten, Preise). Der Arbeiter wird als Konsument, nicht als Lohnarbeiter angesprochen. Der Kampf geht um einen "billigeren Kapitalismus", um die Beseitigung der kapitalistischen Ungerechtigkeiten. Dem Arbeiter als Konsumenten kann es aber nur gut gehen, wenn er als Lohnarbeiter härter ausgebeutet wird. Die daraus resultierende politische Strategie sieht dann so aus: massenhafte Aufklärung, von einer aufgeklärten Elite verbreitet (DKP).

Das ergibt sich aus der Perspektive des demokratischen Kampfes um den Einzug ins Parlament, damit man dann mit Hilfe des Staates besser regiert, d.h. den "Sozialismus" aufbaut, eine bessere Wirtschaftsordnung. Die Einheitsfront von unten, die schon in der KPD nach 45 "im Zusammenschluß der Kommunisten und Sozialdemokraten sowie fortschrittlicher Teile des Bürgertums, Christen und demokratischer Kräfte aus allen Schichten des Volkes" bestehen sollte, entpuppt sich in der DKP als Wähleransammlung, die die Partei ins Parlament bringen soll, um dort die Monopole zurückzudrängen. (Wie die klassengemässenen Prinzipien der Bündnisfrage der DKP aussehen, zeigen diese Zitate. Es gibt nur noch eine große Klasse: "Notstandgegner aus allen Richtungen, Professoren, Sozialdemokraten, Christen und Liberale sind sich einig - ihre Interessen sind auch die der Arbeiter". (1967) Und: "...daß praktisch alle Volksschichten, mit Ausnahme der Konzernherren, an einer demokratischen Perspektive, an einer demokratischen Umwälzung interessiert sind.....ja sogar mit jenen Unternehmern, die erkennen, daß der Rüstungs- und Revanchekurs auch ihr Untergang ist". (Reimann)).

Ein DKP-Bürgerschaftskandidat (Hamburg) wird in der DKP-Wahlpropaganda zum Facharbeiter hochgejubelt, obwohl er einfacher Arbeiter ist. (Kollegen legen ihm das als Scham darüber aus, daß er nur einfacher Arbeiter ist). Er sieht die "Möglichkeit der Veränderung der Verhältnisse in den bestehenden Institutionen" (Zitat). Dieses sozialdemokratische Bewußtsein herrscht bei vielen alten KP-Kadern vor.

In seiner Agitation vertritt der erwähnte DKP-Kader voll die SPD-Reformlinie (und natürlich das Anpreisen der geliebten DDR). Klassenstandpunkt heißt für diese Genossen oft, den politischen Standpunkt der DDR vertreten. Die große Hoffnung DDR ist ebenso eine DKP-Stütze. Kapluck 1968: "Wir haben Gewalt nicht mehr nötig... Und in den nächsten Jahren werden wir die fortschrittliche Entwicklung des Sozialismus in den angrenzenden sozialistischen Staaten erleben - auch in der DDR. Und das wird überzeugend auf Millionen Menschen wirken, die noch heute unsere Forderungen ablehnen. Warten wir es ab."

(Wie weit die DKP-Gründung auf Wählermassenillusionen zurückzuführen ist, zeigt die Max-Reimann-Außerung 1968: "Wenn die Kommunisten sich heute (68) zur Wahl stellen könnten, würden sie jetzt schon 20 % der Stimmen der BRD gewinnen." Diese groben Illusionen sind Folge der von den Massen getrennten Funktionäre, die in ihren halblegalen Kampagnen jede Person in Sichtweite auf ihr Pluskonto buchen. So wurden 300 000 Ostermarchierer schlankweg für sich in Anspruch genommen.)

Betriebsarbeit der DKP

Vor dem Verbot war die KPD in Hamburg am stärksten im Hafen verankert. Jetzt hat die DKP dort nur ca. 30 Mitglieder (im Umschlag), wovon nur ein Teil aktiv ist.

Die Betriebsarbeit der DKP zeigt in unseren Erfahrungsbereich die gleichen Mängel, wie sie uns aus der KPD-Geschichte nun sattem bekannt sind. In einem Betrieb versucht ein Vertrauensmann (DKP) in einer Abteilung über allgemeine politische Diskussion Agitation betreiben zu können. Er geht völlig an den Interessen der Kollegen vorbei; kümmert sich z.B. nicht um die Akkorde. Im Vertrauensleutekörper versuchen die DKP-Leute Resolutionen gegen die Gefahr des Faschismus durchzubringen. Anstelle konkreter Agitation laden sie Kollegen zur Diskussion mit DDR-Arbeitern ein (wieder Schilderung des Sozialismus, dessen Güte dann Agitationserfolge erzielen oder doch überzeugen soll). Oder Kollegen werden beim Besuch von DDR-Funktionären in die DDR eingeladen.

Die Einheit der Arbeiterklasse besteht für die DKP in der Einheit von Gewerkschaftsbürokratie und Basis (Thesen, die auf Gewerkschaftsseminaren ständig wiederholt werden). Für sie ist zwar "die Basis die einzige Kraft, aber Kritik und Vorgehen gegen Funktionäre in der Gewerkschaft verläßt wohl die solidarische Ebene in der Gewerkschaft" (Zitat: DKP-Mitglied). Bachmann sagte 1969 verbindlich und deutlich: "Wir betrachten uns nicht als Opposition in der Gewerk-

schaft, sondern als zum Kern dieser Organisation gehörig und wollen auf dem Boden der gewerkschaftlichen Beschlüsse in jeder Weise konstruktiv in den Gewerkschaften mitarbeiten."

In einem Jugendvertrauensleutekörper wird ein IGM-Vertrauensmann, der die Interessen seiner Kollegen vertritt, mit folgenden Worten von einem SDAJ-Mann abgewiesen: "Vertrauensleute haben nur die Funktion Mitglieder zu werben. Interessenvertretung gehört zu den Rechten, die sie nicht haben." (Zitat)

Ein anderer DKP-Mann arbeitet solange in einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe mit, bis er (entgegen dem Gruppenbeschluss) sich zur OJA-Wahl stellt und gewählt wird. Danach interessiert ihn die Betriebsarbeit herzlich wenig; er hat seinen Parteiauftrag erfüllt und "will nur noch an den effektivsten Stellen mitarbeiten". Nun kündigt er und will in der DDR studieren.

Zwecks Werbung läßt die DKP Betriebskader im Fernsehen auftreten. Folge: Entlassung, Verlust der Basis. Dazu gehört auch, daß in Zeitungen Berichte der Betriebsgruppen deutlich veröffentlicht werden.

SDAJ

Die SDAJ zeigt ein sehr uneinheitliches Bild (auf Gewerkschaftsseminaren z.B. arbeiten 2 SDAJ-Gruppen nebeneinander und dadurch auch gegeneinander). In den meist lose zusammengewürfelten SDAJ-Gruppen (natürlich gibt es eine Vielzahl von Ausnahmen), die eher Freizeitclubs als kommunistische Jugendorganisationen sind, wird Bewusstseinsbildung betrieben und versucht, Aktivisten für die DKP zu gewinnen. Mit schlechtem Erfolg. Die Gruppen fluktuieren oft sehr stark. Sie betreiben Veranstaltungen und allerlei Öffentlichkeitsarbeit. Viele Lehrlinge der SDAJ, besonders solche, denen eine Parteikarriere in Aussicht steht, hören auf zu arbeiten und entfliehen über 2. Bildungswege und Fachoberschulen ihrer Klasse.

In der Gewerkschaftsarbeit (auf Seminaren) treten SDAJ-Genossen radikaldemokratisch auf, verteilen Programme und Lehrlingszeitungen. Agitation wird als Werbung verstanden. In der Arbeit der Gewerkschaftsjugend sind sie auch allein auf Mitgliedsfang aus.

In einem Fall sollten die Arbeits- und Betriebsberichte von einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe über die Köpfe der Lehrlinge hinweg und gegen ihren Willen in einer SDAJ-Zeitung veröffentlicht werden. Argument der SDAJ-Leute: "Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig. Wenn das welche lesen, dann kommen sie vielleicht". Völlig unberücksichtigt

bleiben die Folgen: Gefährdung und damit Zerschlagung der Arbeit der Lehrlinge (Kleinbetriebe). Lehrlinge, die diese Berichte angefertigt haben, sind nicht organisiert (nur vereinzelt gewerkschaftlich) und können dieses Vorgehen nicht kollektiv verhindern. Die Kollegen waren dabei, sich über ihre eigene Situation klar zu werden und ihre Lage im gesellschaftlichen Zusammenhang zu begreifen; alles andere interessiert sie noch nicht, weil ihre Lage durch Veröffentlichungen nicht verändert wird. Die Konsequenz: Resignation und Wegbleiben der Kollegen. Diese sozialdemokratische Massenverachtung (Kollegen als Objekt der eigenen Vorstellungen von Politik) mit den Folgen der Resignation der Kollegen wurde dann von den SDAJ-Leuten so beurteilt: "Das Bewußtsein der Lehrlinge ist schlecht. Es muß aufgeklärt werden."

In einer entwicklungsfähigen Betriebsgruppe mit guten Kadern der SDAJ beginnen diese führenden Genossen nun zu studieren. Die Gruppe bleibt sich selbst überlassen und muß sehen, wie sie zurechtkommt.

Betriebskader der SDAJ zerstören ihre Arbeit, indem sie zu studieren beginnen. Die dem Kleinbürgertum entstammenden (ehemaligen APO-Leute) suchen durch privaten Aufstieg (Gewerkschaftskarriere, H.W.P., Fachoberschulen) dem Zwang der Arbeit zu entkommen (wie schon die alten SPD- und KPD-Apparatschiks).

DER 4. AUFGUSS:

DIE ARBEITER "MASSEN" ALS OBJEKTE DER "KADER-ELITEN"

Die Politik der studentischen Aufbauorganisationen (AO's)

Nach dem Niedergang der Studentenrevolte nach 1968 durch die Universitätsreform schossen die AO's wie Pilze aus dem Boden. Anstelle ihrer verlorenen studentischen Basis mußten sie nun eine neue suchen. Das demokratisch-linke Herrschlug und schlägt für die Unterdrückten in aller Welt: so wurde in der BRD die Arbeiterklasse neu entdeckt. Praktisch sah das so aus, daß die Studentenorganisationen zwar Studentenorganisationen blieben, sich aber plötzlich in ihrer Einbildung "in die Tradition der Arbeiterbewegung" hineinversetzten. Man wollte auch die KPD wieder aufbauen (natürlich nur die "wahre marxistisch-leninistische") und brauchte jetzt "nur noch" seinen selbstgebastelten "Partei-keim" mit Proletariern aufzufüllen, die man mit Unmengen von bedrucktem Papier aus den Betrieben locken wollte.

In den AO's werden die allgemeinen Organisations- und Arbeitsprinzipien der KPD vor 33 und die Anweisungen Le-

nins (vor 1920) schematisch auf die heutigen Verhältnisse übertragen, ohne daß ihre wortreich angekündigte "Revisionskritik" die Fehler der KPD aufdecken kann.

Folgende Fehler werden zum 4. Male wiederholt:

1. Die Bildung von Kadereliten

Die Organisationsform der AO's (KPD/ML, KPD/AO, SALE, KAB/ML usw.) unterscheidet von vornherein zwischen Fußvolk und "Berufsrevolutionären". Das Proletariat erscheint nur noch als Masse, die Mitglieder als Zuträger-Objekte, die die eigene Organisation irgendwann einmal zur Revolution "treiben" wird. Ihre "Kader" bestimmen sich selber nach angelegenen Prinzipien. Die Folge in den AO's ist, daß studentische "Berufsrevolutionäre" in ihrer Isolation krasphaft eine Basis, eine proletarische Legitimation suchen. Das geschieht in Aufklärungskampagnen mit Flugblatt- und "Arbeiterzeitungsschwemme. Die Studenten oder Arbeiter, die ihren Beruf aufgeben haben (z.B. in Hamburger SALE), sichern sich in ZK's und Politbüros theoretisch in ihrem teils schon bezahlten "Berufsrevolutionärsdasein" ab; Arbeiter und andere Lohnabhängige dürfen dann in allerlei Zellen und Ebenen Basis spielen. ("ie sind noch nicht qualifiziert genug.") -- Diese Massenverachtung kommt besonders dann zum Vorschein, wenn die AO's, geil auf Kader nach ihren Vorstellungen, ganze Gruppen zusammenbrechen lassen, um sich einzelne Leute für ihre Organisation herauszufischen. Die Organisation beschäftigt sich letztlich mit sich selber und schafft ständig neue Abteilungen, damit die Mitglieder ein ordentliches Gefühl der Organisiertheit bekommen. Widersprüche in diesen Organisationen entwickeln sich zumeist zwischen der Führung und den wenigen praktisch arbeitenden Gruppen in den "Parteiassäten", die dann, weil sie in Betrieb und Gewerkschaft auf die tatsächlichen Interessen der Kollegen eingehen müssen, wegen "Ukonomieismus" oder "Handwerkerei" zurückgepfiffen oder gar ausgeschlossen werden. Der Widerspruch zwischen dem abstrakten Kommunismus der Führung und dem Fehlen einer konkreten Perspektive für ihre Betriebsarbeit führt dazu, daß die wenigen Arbeiter bald abhauen (meist zur DKP Kiel, Hamburg).

2. Übernahme des sozialdemokratischen Organisationsprinzips

Die mangelnde Basis im Proletariat, ihre sektiererhafte Praxis drückt sich in einer wilden Organisiererei aus. Die "Partei" ist schon bei ihnen in allen organisatorischen Elementen festgelegt und wartet jetzt nur noch auf das Proletariat, das sich gefälligst in den verschiedenen Ebenen und Abteilungen zu organisieren hat. Die gleichen Feh-

ler tauchen auf, wie wir sie in der DKP verfolgt haben. Ein Unterschied zur DKP besteht nur darin, daß die AO's nie eine Basis in der Arbeiterschaft erringen konnten, aber schon heute, ohne jemals Kämpfe angeleitet zu haben, über einen perfekten bürokratischen Apparat verfügen.

Die Herkunft der meisten Mitglieder, gerade auch der Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten rührt aus einer Freiseitmobilisation, aus einem Ansprechen über allgemeine politische Probleme meist außerhalb des Betriebes. Das Potential dieser Gruppen ist nicht über Konflikte und Widersprüche in der Produktion mobilisiert, sondern gerade außerhalb. Die abstrakte Agitation der AO's bringt ihnen Mitglieder, die vereinzelt und überall herkommen, die dann in Beschäftigungs- ("Qualifikations"-gruppen) gesteckt werden. Diese Gruppen werden dann nach Örtlichkeiten aufgeteilt und Stadtteilgruppen genannt. Oder dort arbeiten Studenten, die so ihre "Verbundenheit mit dem Proletariat" herstellen. Das Stadtteilpotential überwiegt in den AO's. Die wenigen und kümmerlichen BE's stehen einer Vielzahl von anderen Abteilungen und Gruppen in der Organisation gegenüber, die sich ständig mit "Hilfs- und Vorbereitungsarbeiten" als "Betriebs- oder Gewerkschaftsprojektgruppe" befassen, also praktisch gar nichts tun. Innerhalb der AO's haben sich die Studenten zu Kommunisten hochgejubelt; ihre "Unterordnung unter das Proletariat" besteht dann darin, daß sie theoretische "Hilfsarbeiten" leisten, die dann plötzlich als Linie der Organisation erscheinen und die Politik bestimmen. Die alte Arbeitsteilung bleibt erhalten: z.B. bei der KPD/ML machen Schüler und Studenten (KSB und sds/ML) die "Klassenanalyse" und die Rotgardisten-Lehrlinge müssen dann ab und an mal ein bißchen Praxis machen, um "Daten" liefern zu können.

Bei dem jetzigen Potential und bei der jetzigen Politik der AO's ist eine Verankerung in den Betrieben eine Illusion. So bleiben die AO's auf den abstrakten Höhen, von denen aus sie das Proletariat erobern wollten, und sie treiben nach Feierabend etwas linke Politik und Wissensvermittlung. Alles ohne Netz und Massengrund.

Im September 70 hatte das Hamburger SALE ganze 3 Betriebsgruppen. Im Frühjahr 71 hat die KPD/AO 2 BE's, der KB/ML auch 2 Gruppen, die ihm angeschlossen sind. Die KPD/ML hat im ganzen Bundesgebiet 4 BE's. Die Rote Garde Kiel ist mangels Lehrlingen auf einen kleinen Rest reduziert (die Lehrlinge sind schubweise zur DKP gegangen). Die RJ/ML, Jugendorganisation des württembergischen KAB/ML (ohne Proletariat), besteht zum Großteil aus Schülern. Von Betriebsgruppen keine Rede.

Ein führender Genosse des KB/ML gesteht zu, daß die folge-

richtige Konsequenz der eignen Politik sei, sich aufzulösen. So bestand die ganze KPD/ML (mit ihrem großmütigen Anspruch, "Avantgarde des Proletariats zu sein") 1970 aus 26 Gruppen mit ca. 160 Mitgliedern in der ganzen BRD (ohne Rote Garden). In ihrem stärksten Teil in Nordrhein-Westfalen bestand sie bloß aus 90 Mitgliedern. Die Roten Garden in NRW bestanden aus nur 120 Leuten in 35 Gruppen (man kann sich vorstellen, wie klein diese Gruppen waren: im Durchschnitt 3-8 Leute). Die KPD/AO bestand 1970 aus ca. 60 Mitgliedern, davon größtenteils Studenten (ehemaliger Berliner SDS).

Ihre Basislosigkeit und andererseits ihr Anspruch, die künftige Partei zu sein, zwingt die AO's, sich überall "verankern" zu müssen, wo sie nur können. Sie demonstrieren dauernd nach außen die Illusionen, die sie von sich selber haben. Wahlos wird vor Betrieben Papier verteilt, nur um Arbeiter zu kriegen oder doch mit ihnen in Kontakt zu kommen (sogenannte Arbeiterkorrespondenten, die es den AO's möglich machen, vorsutuschen, als ob sie in diversen Betrieben "verankert" wären). Die Agitation ist perspektivlos (WEHRT EUCH! KLOFFT DEN KAPITALISTEN AUF DIE PINNEN! STREIKT!), verkauft die Arbeiter für dumm und unwissend und wird von ihnen eindeutig als Bevormundung verstanden ("Auf die haben wir gerade gewartet!" -- "Nächstens bringen die noch Comics, damit wir auch ja alles kapieren!" - Hamburger Arbeiter über die KAZ von SALE). In vielen Fällen geht es soweit, daß ein Sympathisant zur Betriebszelle hochgejubelt wird (SALE, KPD/ML Berlin). Mit dem blödsinnigen Information aus dem Betrieb des Sympathisanten wird dann eine "Betriebszeitung" gemacht und so "Verankerung" vorgegeben. Zudem werden wahlos Konflikte aus den Betrieben aufgegriffen, die schon allein zeigen, daß keine dort praktisch arbeitende Gruppe dahintersteht, sondern ein isolierter Haufe, dem es nicht darum geht, langfristige Betriebspolitik zu machen, sondern Leute abzusahnen.

3. Schematische Übernahme von historischen Forderungen
Die AO's betreiben keine Praxis und Theorie aufgrund einer Analyse der heutigen Situation. So werden völlig unvermittelte und aufgesetzte Internationalismuskampagnen (Hamburg z.B.) durchgezogen - als Element einer "proletarischen Aufbauorganisation". Manche AO's sind jetzt schon bei den "fortschrittlichen und demokratischen Kräften" (KAB/ML, SALE) angelangt, bei Einheitsfrontbündnissen, wo die Gruppen mit sich selber faktieren (z.B. Maikomitees) müssen. Sie übernehmen die Parole einer Massenorganisation (KPD) als kleiner Zirkel. Diese abstrakten, vom Bewußtsein und den Interessen der Kollegen im Betrieb völlig losge-

lösten Kampagnen werden dann von den AO's zum Anlaß genommen, sich in den Betrieben per Flugblatt aufzudrängen.

4. Überwiegen kleinbürgerlicher Elemente

Dieses Überwiegen (demoralisierte Studenten) hat letztlich eine gewaltige Stärkung der SPD, DKP und der Gewerkschaftsbürokratie zur Folge. Der Marxismus-Leninismus als Herrschaftsideologie dieser bürgerlichen Individuen ist das beste Sprungbrett für eine spätere Karriere innerhalb der Gewerkschaften, SPD und DKP nach dem Zerfall der AO's. (Hamburger Arbeiterbund/ML, Trotskisten im Gewerkschaftsapparat, etc.).

5. Keine kritische Aufarbeitung ihrer eignen studentischen Bewegung und Vergangenheit

Bei der Gründung der AO's stellten sie sich folgende Aufgaben:

1. Erstellen einer Klassenanalyse für die BRD
2. Erstellen einer Revisionismuskritik
3. Transformation einer Studentenbewegung in eine sozialistische Massenbewegung
4. Bestimmung einer Universitätspolitik aus den Notwendigkeiten einer proletarischen Organisation.

Wir stellen heute fest, daß keine dieser Arbeiten auch nur in Angriff genommen worden ist. Der Anspruch lauter "einzige" Parteien des Proletariats zu sein, ist lachhaft.

Sämtliche nicht näher bezeichneten Zitate entstammen der Praxis der SPdA.

Das Zahlenmaterial über die KPD vor 33 haben wir dem Rabehl-Artikel aus SOPO 9 und 10 über die "Bolschewisierungslgende der KPD" entnommen.